



Eine starke Wirtschaft als Voraussetzung für ein starkes Europa

Beschluss des Bundeskongresses vom 21.05.2017

Europa steht vor historischen Herausforderungen, die das Potential großer Umbrüche in sich tragen. Die Nachbarregionen im Osten und Süden sind instabil, Akteure dort sind teils aggressiv. Der Kurs des Freundes und Partners im Westen, der USA, bleibt ungewiss. Großbritannien hat einen Antrag auf Austritt aus der EU gestellt, die zukünftigen politischen und auch wirtschaftlichen Beziehungen zur EU bleiben unklar. Auch im Inneren verbleibt eine nennenswerte Gegnerschaft zur EU. Zu den politisch-gesellschaftlichen Herausforderungen gesellen sich die technisch-wirtschaftlichen – vor allem in Gestalt der Digitalisierung. Langjährig bekannte Herausforderungen wie zum Beispiel Klimawandel oder Eurostabilität haben dabei nichts von ihrer Mächtigkeit eingebüßt. Nur ein starkes Europa, das diesen Herausforderungen wirksam begegnet und sie aktiv gestaltet, wird überlebensfähig sein.

Eine wichtige Voraussetzung für ein starkes Europa ist eine starke europäische Wirtschaft. Auch hierauf gründen sich Wohlstand und Frieden. Insbesondere in Bereichen wie Innovationskraft, Investitionen, Infrastruktur oder regionaler Konvergenz bleiben wir jedoch deutlich unter unseren Möglichkeiten. Ein Auseinanderfallen in einen prosperierenden Norden, einen notleidenden Süden und einen protektionistischen Osten ist unbedingt zu verhindern. Deshalb fordert die Europa-Union Deutschland Parlament, Kommission und Mitgliedstaaten auf, die vorhandenen Instrumente zu nutzen und für mehr Wirksamkeit weiterzuentwickeln:

1. Der EFSI (Europäischer Fonds für strategische Investitionen – „Junckerfonds“) muss mehr echtes Wagniskapital zur Verfügung stellen. Eine Umwidmung bereits geplanter Projekte leistet keinen Mehrwert. Die Projekte müssen zielorientiert gesteuert, zuverlässig finanziert und bürokratiearm kontrolliert werden. Die notwendigen Strukturreformen sind durch die Mitgliedstaaten zu beschleunigen. Schwächere Mitgliedstaaten müssen in der Umsetzung der notwendigen Veränderungen durch Kompetenzaufbau und Vernetzung wirksam unterstützt werden.
2. In 100 europäischen Städten werden professionelle Gründerprogramme gestartet mit dem Ziel, jeweils 100 Unternehmensgründungen pro Jahr zu initiieren. Die methodischen Voraussetzungen dafür existieren und sind erprobt, werden aber noch zu wenig genutzt. Die einzelnen Initiativen vor Ort werden regional betreut und europaweit zielorientiert koordiniert.
3. Der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) wird zu einem Europäischen Währungsfonds ausgebaut, der die schwächeren Länder durch Investitionsprogramme unterstützt. Dies geht einher mit einer gemeinsamen Haushaltspolitik, die für einen nachhaltigen Schuldenabbau sorgt. In der Kommission übernimmt der Kommissar für Wirtschaft und Finanzen unter parlamentarischer Kontrolle die politische Verantwortung.

Souveränität zu bündeln führt nicht zu einem Verlust, sondern zu einem Wiedergewinn an Souveränität – im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger!